

# Treffen der Regionalgruppen von ATTAC EUROPA – am 12. und 13. Mai 2007 in Toulouse

## Berichte der Arbeitsgruppen

### Bericht der Arbeitsgruppe Nr. 1 : Wir bauen Europa

Leitung der Arbeitsgruppe: Robert Joumard Attac-Rhône, Franck Bernhardt Attac Thüringen und Ricardo Gomez, von Attac Madrid und Koordinator für Attac Spanien  
Moderatorin: Annie Caillaudeau Attac Toulouse  
DolmetscherInnen: Valérie Feliu Coorditrad, Carla Krügger Attac Berlin, Jobst Graeve Attac Paris Zentrum  
Protokoll: Claude Bauhain, Cécile Gagneval  
Übersetzung : Kirsten Heininger, Coorditrad

**[Die Begleittexte können hier abgerufen werden](#)**

#### **1) Zusammenfassung**

Der Inhalt der drei Vorträge und Debatten, die folgten, waren sehr dicht und detailliert, daher enthält diese Zusammenfassung nur die grundlegenden Punkte.

#### **Übernahme: kritisches Protokoll**

##### **- Das Demokratiedefizit**

Es ist strukturell bedingt. Die EU ist eine Union souveräner Staaten, die Souveränität ist jedoch eine Fiktion (z.B. gehen die Richtlinien an der Beteiligung der Bürger vorbei, ebenso wie deren Anwendung). Das Europa der Staaten war ein genialer Streich, um sich von der Kontrolle der Bürger zu befreien. Andere Formulierung derselben Feststellung: Die EU beruht auf den Verträgen, die jedes Land unterzeichnet hat, sie ist also eine Art Konföderation, aber die Aufgabenbereiche, die sie betreffen, sind föderal.

Die Institutionen, die durch den neoliberalen Kapitalismus eingerichtet wurden, unterhöhlen die Staaten auf allen Ebenen: WTO, strukturelle Anpassungen, Europa.

Der Kampf der Institutionen muss auf europäischer Ebene geführt werden, denn heute ist es nicht mehr möglich, sich auf die Souveränität der Staaten zu berufen, denn die politische Debatte ist auf nationale Fragen bezogen. Es fehlt der öffentliche Raum, wo sich alle Europäer gleichzeitig zu einem Thema auseinandersetzen können.

##### *- Die Vorstellung von Europa ist je nach Land sehr unterschiedlich.*

In Deutschland: repräsentative Demokratie mit sehr kleiner oder gar keiner Opposition, weniger Wahlbeteiligung als in Frankreich, Klima einer allgemeinen Resignation. Die Idee Europa ist so beliebt, dass die Deutschen der Europäischen Verfassung unkritisch gegenüberstehen. Wir haben eine Menge Aufklärungsarbeit zu leisten. Die europäische Verfassung wurde von beiden Kammern unterzeichnet, aber nicht vom Präsidenten (Übereinstimmung mit Grundgesetz wird in Frage gestellt) was von den Medien verschleiert wird.

In Spanien: ein sehr dezentralisierter Staat, Erfahrung der Autonomie (mehr oder weniger stark, je nach Bereichen) der Regionen, Nationalitäten, mit staatlich gesicherter, wirtschaftlicher Umverteilung.

Nicolas Malagardis von Attac Griechenland unterstreicht, dass es in Europa den Bereich diesseits und den Bereich jenseits der Donau gibt, wo Informationen nicht oder nur schlecht weitergeleitet werden (z.B. sind die griechischen Studentenproteste in Frankreich nicht wahrgenommen worden).

#### **Die Fragen, die sich stellen**

zur Verfassung, zu den Positionen der verschiedenen Länder stellen, und selbst die von den verschiedenen Attac-Gruppen, sind unterschiedlich: föderales Europa, staatenbündisch mit mehr oder weniger staatlicher Autonomie, pan-europäische Vision. Die europäischen Szenarien müssen noch entwickelt werden.

Welche Art von Demokratie kann man auf den Weg bringen, welches Gleichgewicht zwischen repräsentativer / partizipativer Demokratie?

Was kann man aus der gegenwärtigen Situation machen, ohne sich der Realität zu verweigern?

Mit welcher Methode lässt sich Europa bauen? Die Integration muss weiterverfolgt werden, aber ist Demokratie für 27 Mitgliedstaaten möglich, durch verstärkte Kooperationen, einen politischen Kern mit regionalen Untereinheiten?

Zur Schaffung eines öffentlichen europäischen Raumes muss die Sprachfrage (oder die einer gemeinsamen Sprache) und die Frage der Notwendigkeit unabhängiger Medien gelöst werden.

#### **Die Vorschläge**

1) Um ein politisches Europa zu bauen, muss wir Szenarien für das entwickeln, was wir wollen mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen;

2) Die Antwort auf das Demokratiedefizit legitimiert sich durch das europäische Volk. Die Frage: gibt es ein europäisches Volk? ist ein falsches Problem. Die Völker und Staaten werden sich aus den Kämpfen entwickeln, aus den Kämpfen gegen die neoliberale Politik. Institutionen sind notwendig, um die Errungenschaften aus diesen Kämpfen zu stabilisieren, und die Verfassung ist eine dieser Institutionen.

Ein Volk ist immer von Konflikten durchdrungen, es gibt sie innerhalb der europäischen Völker und zwischen ihnen.

Um ein Volk zu gründen, bedarf es kultureller Projekte, die auf gemeinsamen Aspekten einer demokratischen Kultur beruhen – diese müssen vertieft werden – und es bedarf einem politischen Konzept, die beiden ergänzen sich.

3) Um ein Europa der Bürger und damit einen öffentlichen europäischen Raum zu schaffen müssen:

- aktuelle Fragen behandelt werden, um eine größere Sensibilisierung zu erreichen.
- die Bürger informiert werden
- die lokalen Abgeordneten beeinflusst werden

4) Um die Demokratie wieder einzuführen, bedarf es einer Verfassung; Divergenzen über die Zweckmäßigkeit einer Verfassungsbildung bei dem aktuellen Kräfteverhältnis.

- man muss von unten, von einer partizipativen Demokratie ausgehen und das Verhältnis repräsentativ / partizipativ definieren.

5) Aufstellung des Kräfteverhältnisses:

- Allianzen (Gewerkschaften usw.) schaffen für eine stärkere Basis
- unabhängige Medien

6) Die bestehenden Verträge, die Verfassung, die 10 Prinzipien überarbeiten

7) Die Ziele, die Strategie des Gegners erkennen

Fazit: Während des Treffens einen Konsens über die Themen des Abkommens erreichen.

## **2) Detaillierte Zusammenfassung der Beiträge**

### **Einführende Präsentationen**

#### **Robert Joumard : Der Wortlaut der Debatte über die europäische Konstruktion**

Gegenüber dem europäischen Aufbau müssen wir unsere Rolle bei der Aufklärung der Bevölkerung, auf Aktion gerichtet, ausfüllen. Dies bedeutet, dass wir zunächst den Wortlaut der Debatte ohne Tabus oder Auslassungen vorstellen müssen, um so die europäischen Herausforderungen in die Öffentlichkeit zu rücken, und hiermit den europäischen Bürgern eine Diskussion über ein Europa nach unseren Vorstellungen zu ermöglichen. Wir müssen danach konkrete Vorschläge auf kurz- und mittelfristiger Ebene mit einer langfristig ausgerichteten Vision formulieren. Wir müssen also zunächst verstehen, wie wir dahin gekommen sind und was die Gründe für diese beklagenswerte aktuelle Situation sind.

#### **A. Analyse der europäischen Konstruktion in der Vergangenheit**

Die Europäer scheinen mit zahlreichen Richtungen der europäischen Politik - beispielsweise mit der Zerstörung des europäischen Sozialmodells - die dennoch von unseren gewählten Vertretern entschieden werden, nicht einverstanden zu sein. Dies zeigt sich in den Umfragen und einer sehr starken Nicht-Beteiligung an den europäischen Wahlen, sowie den Ergebnissen der letzten Referenden. Die Analyse des europäischen Verfassungsvertrags hat uns ermöglicht, die Mechanismen und Ursachen für das demokratische Defizit zu erkennen.

Der Aufbau Europas zwischen „souveränen“ Staaten, durch Verträge hat 2 grundlegende, strukturelle Folgen:

- Es ist immer eine große Mehrheit von Bürgern notwendig, um Verträge zu entscheiden oder sie zu ändern, aber manchmal reicht eine Minderheit aus, um eine Richtlinie zu entscheiden.
- Es gibt keinen öffentlichen europäischen Raum. Beispielsweise blieben 2005 die Debatten über die Europäische Verfassung ausschließlich französisch, genauso wie die Debatten in den Niederlanden nicht über das Gebiet des Landes hinausgegangen sind und die aktuelle Debatte gelegentlich der französischen Wahlen ignoriert die europäischen Fragen. Die nicht-französischen Europäer, mit Ausnahme einiger Eliten, beteiligen sich nicht an der politischen Debatte in Frankreich. So verhält es sich in jedem Land. Die nationale Debatte schließt die nicht-nationalen Fragen und die nicht-nationalen Debatten aus. Es ist strukturell unmöglich, die europäischen Fragen in die öffentlichen nationalen Debatten zu integrieren. Der nationale Rahmen ist ein Werkzeug, um die Bürger aus der europäischen Debatte herauszuhalten. Wer das Gegenteil behauptet, verschmäht die Wirklichkeit.
- Die Mitgliedstaaten (die Nationen) sind nicht souverän. Wenn man sich beispielsweise den deutschen Staat anschaut, werden die europäischen Richtlinien durch die Deutschen angestoßen? Werden diese allein von ihnen entschieden? Werden diese von ihrer eigenen Regierung umgesetzt? Wird deren Nicht-Einhaltung von

der deutschen Judikative geahndet? Gleiches gilt für alle anderen Länder. Was die Gesetze und europäischen Regelungen anbelangt, so ist die staatliche Souveränität reine Fiktion.

Hinzu kommen die weniger grundlegenden, nicht strukturellen Elemente, demnach modifizierbar, ohne die innerstaatliche Konstruktion in Frage zu stellen: die schändlich schwachen Mächte des europäischen Parlaments, die übermäßige Macht einer politisch nicht verantwortlichen Kommission, die Unabhängigkeit der EZB usw.

Das Europa der Nationen war ein Geniestreich der wirtschaftlichen und politischen Eliten, um sich der Kontrolle der Bürger zu entziehen, indem eine undemokratische Superstruktur erbaut wurde, die ihnen alle Freiheit lässt, die politische Linie selber zu bestimmen. Die WTO war ebenso ein Geniestreich dieser Eliten, noch viel weniger demokratisch. Diese Geniestreiche haben es geschafft, glauben zu machen, dass die Summe der demokratischen Staaten notwendigerweise demokratisch sei und alle strukturellen Verweigerungen der Demokratie konnten so heimlich geschehen. Diese Enteignung unserer Souveränität war ein wesentlicher Grund für das NEIN der Franzosen und der Niederländer, was sich einerseits durch eine Infragestellung des europäischen Aufbaus und andererseits durch die Ablehnung von Europa selbst zeigt.

## **B. Was für ein Europa wollen wir bauen?**

Es gibt nur zwei Wege, die Souveränität des Volkes in den Bereichen der europäischen Kompetenz wieder herzustellen:

- Die volle nationale Souveränität wieder herstellen und somit die Union aufgeben. Aber gegenüber den multinationalen Konzernen, den großen politischen Einheiten wie die USA, Russland, China, gegenüber den globalen ökologischen Herausforderungen, ist dieser Rahmen unwirksam und wir wären Herrscher ohne Macht.
- Eine europäische Souveränität durch den schon sehr weit fortgeschrittenen Bau eines politischen Europas europäischer Bürger - was gleichzeitig ein Europa der europäischen Staaten aber nicht souveränen Staaten sein kann- einführen, mit dem Endzweck, ein europäisches Volk zu schaffen und eine europäischen Nation, alleine für die Bereiche der europäischen Kompetenz, die übrigens noch zu definieren sind. So ein demokratischer Rahmen erlaubt es uns allein, ein ökologisches und solidarisches Europa zu schaffen. Wir haben uns für diese Perspektive entschieden.

Die Punkte, die es zu verhandeln gibt, sind zahlreich.

Über die Frage nach einem Europa der Bürger oder der Staaten hinweg stellt sich die Frage nach der Existenz eines europäischen Volkes. Für uns bildet sich ein Volk durch seine sozialen und politischen Kämpfe, die gleichzeitig eine Nation erbauen. So ergibt sich mittelfristig eine Identifikation zwischen dem Wohngebiet eines Volkes und dem Gebiet der Kämpfe und der Politik. In den unterschiedlichsten Kontexten haben sich die Staaten Europas im Jahrhunderte langen Kampf für demokratische und soziale Rechte gebildet. Genauso kann sich das europäische Volk nun im Kampf gegen den Neoliberalismus, für die Solidarität und Ökologie bilden. Die Einrichtung demokratischer Institutionen war und bleibt immer ein unumgängliches Mittel des sozialen Kampfes, das einzige, das in der Lage ist, dauerhaft die grundlegende Souveränität des Bürgers zu verwirklichen. Wir brauchen also eine europäische Verfassung, die in einer Demokratie die Rechte der Bürger etabliert und sagt, wie und durch wen das Recht im Namen der Bürger geschrieben, angewendet und gerichtet werden darf.

Man muss einen treffenden Rahmen für die sozialen und politischen Debatten und Konfrontationen schaffen, denn die Demokratie erfordert die Agora, d.h. einen Raum, wo die Bürger miteinander über politische Vorschläge diskutieren und selber Vorschläge machen können, die alle zur gleichen Zeit erfahren und diskutieren können. Hierfür bedarf es gegenüber Finanzgruppen und Regierungen unabhängiger Medien. Wir müssen jedoch auch das Problem der Sprache, das unumgängliche Kommunikationswerkzeug zwischen den Bürgern angehen : indem wir eine gemeinsame Sprache wie das Esperanto etablieren, die sprachliche Verständigung untereinander ermöglichen, allen das Erlernen mehrerer europäischer Sprachen ermöglichen, ohne eine davon zu bevorzugen.

Die Grenzen des demokratischen Europa müssen definiert oder zumindest diskutiert werden. Es sollen unserer Meinung nach nur Staaten dazu kommen, deren Völker es sich auch tatsächlich wünschen. Europa kann auf viele Arten erbaut werden: Weiterverfolgung der Integration von 27 Staaten und mehr, noch stärkere Kooperationen, Schaffung eines europäischen politischen Kerns, Schaffung von regionalen Untereinheiten.

Die Aufteilung der Kompetenzen zwischen der Union und den Mitgliedstaaten muss vier Vorbildern gerecht werden: exklusive Kompetenzen der Union, geteilte Kompetenzen mit Vorrang der Union, geteilte Kompetenzen mit Vorrang für die Mitgliedstaaten oder exklusive Kompetenzen für die Mitgliedstaaten. Die Kompetenzen selbst müssen im Detail besprochen werden.

Und schließlich müssen die Institutionen auf dem Stand sein, den wir in jedem europäischen Mitgliedstaat haben. Ein Parlament, das alle Befugnisse hat, eine Regierung (Parlamentarische Regierung oder Vorrang des Präsidenten nach amerikanischem Vorbild), ein Präsident, eine hohe Kammer, die Staaten und Regionen repräsentiert.

Diese Betrachtungen dürfen nicht kurzfristig vom politischen Kontext abgeschnitten werden: unsere Regierungen (insbesondere in Deutschland und Frankreich) haben sehr wohl die Absicht, uns die europäische Verfassung mit ihrem ganzen Inhalt über Umwege aufzuerlegen -und zwar in naher Zukunft, bis 2009, indem sie von europäischen Wahlen profitieren. Es ist also notwendig, gemeinsam Aktionen zu entwickeln und uns die Mittel zu geben, im Laufe des ganzen Jahres 2008 (kurz vor dem Beginn der Wahlkampagne für das europäische Parlament) einen Text zu präsentieren, zu verbreiten und zu debattieren, der das Europa präsentiert, das wir uns wünschen. Man muss also versuchen, einen gemeinsamen Aktionsplan zu erstellen.

### **Fazit :**

Gerade weil die europäische Union weder das europäische Sozialmodell, noch die Solidarität fördert, weil sie die ökologischen Herausforderungen so lax behandelt und keine Außenpolitik hat, wird sie in Frage gestellt. Diese und einige andere Themen sind der Motor für die Kämpfe - aber die Unfähigkeit unserer europäischen Regierungen, diesen Willen eines mehrheitlichen Teils des Volkes zu berücksichtigen, führt dazu, dass nicht nur unsere Regierenden, sondern auch die Macht selbst, ihre Organisation, ihre Struktur in Frage zu stellen, und ganz einfach die Demokratie zu fordern : das heißt Einhaltung der Bürgerrechte und deren grundlegende Souveränität.

Unsere Aktionen gegen den Neoliberalismus, für die Ökologie und für die Demokratie müssen daher Hand in Hand gehen.

### **Franck Bernhardt**

In Deutschland ist die Regierung eine repräsentative Demokratie aber schließlich gibt es keine demokratischen Rechte. Die Diskussionen finden nur im Parlament statt, es gibt so gut wie keine Opposition, ihre Vorschläge haben keine Auswirkungen, es gibt keine Debatten im Volk.

Mit der neoliberalen Politik, wachsen die Unterschiede zwischen Reich und Arm und die Gewerkschaften scheinen viel schwächer zu sein als in Frankreich. Eine Tendenz zur allgemeinen Resignation ist festzustellen. Die Wahlbeteiligung ist niedriger als in Frankreich und die Medien eher rechts.

Wir haben sehr wenig über die Europäische Konstitution gesprochen, nur im Parlament. Die europäische Verfassung wird als positiv dargestellt.

Die politische Repräsentation ist in drei Stufen aufgeteilt:

- der Bundestag ist zur Hälfte durch Direktwahl, zur Hälfte von den politischen Parteien gewählt.
- Der Bundesrat, repräsentiert die Bundesländer(17)
- Der Bundespräsident

Beide Kammern haben die Verfassung unterzeichnet, aber der Präsident hat sie noch nicht unterzeichnet, weil die konservativen Abgeordneten finden, dass die Verfassung mit dem Grundgesetz nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Die Medien verschweigen dies und tun so, als ob der Vertrag unterzeichnet worden sei.

Es gibt derzeit keine Debatte, man muss zunächst die Menschen darüber informieren, was die europäische Verfassung ist. Es ist notwendig, verständliche Informationen zu verbreiten und zu versuchen, die lokalen Abgeordneten zu informieren. Man braucht Verbündete um eine Widerstandsbasis gegen den Vertrag zu schaffen. Die Diskussion muss ganz unten beginnen, denn die Mehrheit der Medien können zu diesem Zweck nicht eingesetzt werden.

Der Verfassungsvertrag ist sehr umfangreich und man muss daher versuchen, die wichtigsten Auszüge zu veröffentlichen. Am besten wär's, wenn man die aktuellen Fragen in Bezug zur Verfassung setzen könnte.

Kurzfristig werden wir die deutschen Grundrechte mit den bestehenden europäischen Verträgen vergleichen. Mittelfristig werden wir an einem neuen europäischen Vertrag arbeiten, der ökologische, politische und soziale Themen berücksichtigt.

Ziel ist, unseren Ansatz durch einen Austausch mit den anderen Attac-Gruppen zu verändern.

### **Ricardo Gomez**

Die europäische Idee ist je nach Land unterschiedlich und wir müssen Szenarien für Europa schaffen.

Die EU, die wir im Augenblick haben, ist aus Sicht der Realität etwas, das uns mehr oder weniger durch den Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg aufgezwungen wurde. Der Aufbau von Europa wurde von den Neoliberalen seit Beginn der 80er Jahre manipuliert.

Dieser Vortrag konzentriert sich auf die strategischen Fragen: als Attac zu handeln, in Verbindung mit der globalisierungskritischen Bewegung und den gewerkschaftlichen Kräften. Die Befragung bezieht sich auf die Methode und auf das System: die Idee eines Europa, das wir gestalten wollen.

Vor zwei Jahren hat sich Attac Spanien zum ABC-Plan geäußert und ein aktuelles Dokument zur Situation des Verfassungsvertrags aus spanischer Sicht fertig gestellt.

Was die europäische Verfassung anbelangt, so sind die Positionen der unterschiedlichen Länder und selbst die von den verschiedenen europäischen Attac-Gruppen sehr unterschiedlich. Das föderale, staatenbündnerische Europa mit mehr oder weniger Autonomie der Staaten, die paneuropäische Vision. Was für ein Europa wollen wir, welche Beziehungen zwischen den Völkern, den Staaten?

In Spanien ist als Staat sehr dezentralisiert, in manchen Bereichen vollkommen, dies geht auf das Ende der Franko-Ära zurück, als eine dezentralisierte Verfassung erarbeitet wurde.

Wir sprechen von einem Europa der Völker, aber welchen Sinn hat diese theoretische Frage? In Spanien haben alle in den Staat integrierten Völker und Regionen ein historisches Erbe. Die « Bildung von Kantonen » ist die Unabhängigkeit, die die kleinen Städte, Kantone im Laufe der Geschichte errungen haben.

Kommen wir auf den Parcours Europa zurück. Die Väter Europas stellten sich ein föderalistisches Europa vor. Klar steht, dass es nun eine Wirklichkeit gibt: den globalisierten Kapitalismus, der versucht, den Staat zu unterdrücken. Das Kräfteverhältnis liegt zwischen den Bürgern und denen, die die politische und wirtschaftliche Macht haben.

Das heutige Europa ist nicht demokratisch, der Verfassungsvertrag ist keine Verfassung und wir sollen auf mehr oder weniger verfassungstaugliche Weise einen Vertrag als Verfassung auferlegt bekommen, der in Wirklichkeit keine ist. Diese Mischung gab es bereits in den vorhergehenden Verträgen (Nizza). Durch den europäischen Verfassungsvertrag wird von uns verlangt, dass wir die geführte Politik in den Rang einer Verfassung erheben. Diese Kritik wird überall bei Attac geübt.

Wer wird uns das Modell auferlegen, die europäische Kommission, das Parlament? Das Modell wird von den politischen Parteien akzeptiert, (z.B. von den spanischen Sozialisten).

Mit wem sollen wir eine neue Verfassung ausarbeiten? Vergessen wir das Volk nicht...

Wie kann man die repräsentative Demokratie mit der partizipativen Demokratie vereinbaren, die verschiedenen Glieder der Kette miteinander verbinden? Man kann über die Institutionen diskutieren, aber welche Art von Demokratie kann man einsetzen, damit die Bevölkerung wirklich in den Institutionen vertreten ist?

Souveränität, aber auf welchem Niveau? Europa, Nationen, Regionen?

Unsere Rolle als Attac muss sein, von den grundlegenden Werten zu sprechen, dann ist das Wichtigste, dass wir uns über die demokratische Kehrtwende, und über die Veränderungen des Referenzmodells einigen.

Man kann Europa aus der Nabelschauerspektive sehen. Die Rolle Europas in der Welt müssen wir immer vor Augen haben. Die historische Situation von Spanien setzt das Land immer in Bezug zu den anderen Teilen der Welt.

## Die Debatte

**Pierre Joseph – Attac Paris Zentrum** – Wir sollten uns nicht auf die Frage des Föderalismus versteifen. In Frankreich hat das Elsass eine besondere Rolle inne, in Spanien hat Katalonien einen Autonomiestatus.

**Erik Petter - Attac Nürnberg** – Die Staaten und die Völker haben sich durch Kämpfe gebildet, man muss jetzt anfangen zu kämpfen, wir können hier beginnen. Man kann hier in Bezug auf einige Themen einen Konsens finden und zu den Leuten draußen gehen und sich für Kämpfe in der Zukunft einsetzen.

**Jordi Gascon– Attac-Katalonien** Ich bin nicht für das Modell der spanischen Dezentralisierung, weil es autonome Regionen und auch Staaten gibt. Die Autonomiebewegung hat 1975 nach dem Tod Francos begonnen, durch einen Transfer der staatlichen Kompetenzen in die Regionen hinein mit dem Willen, nicht Region und Nation zusammenfallen zu lassen.

Die finanziellen Mittel der autonomen Gemeinden stellen ein Problem dar, denn die Finanzierung hängt weiterhin von Madrid ab. Die Regionen nehmen Steuern ein und schicken diese nach Madrid, wo sie umverteilt werden, so dass die Verantwortung der Kompetenzen nicht von der Region abhängt. Daher sind reiche Regionen, wie Katalonien verschuldet. Madrid, Valencia sind auch reich. Da der Staat das Geld umverteilt, landet das, was durch die Umverteilung abgedeckt wird, nicht in Katalonien. Spanien ist kein föderaler Staat, aber wir würden uns darüber freuen, wenn es so wäre. Die Steuern werden nicht in die Region investiert, wo sie erhoben werden. Es gibt Regionen, die Privilegien geerbt haben, z.B. das Baskenland, das eine Steuer erhebt und diese umverteilt. Die Lage in den Autonomen Regionen ist sehr unterschiedlich.

**Nicolas Malagardis– Attac-Griechenland** In den Reden und Debatten über Europa, werden immer West- und Nordeuropa zitiert, aber Europa jenseits der Donau nicht.

Oft sind die Texte von Attac negativ formuliert: z.B. wir wollen keine Armee. Ich freue mich, dass wir uns hier in einem Workshop befinden, wo wir über das reden, was wir wollen.

Zur Bildung eines europäischen Volkes: um ein Volk zu bilden, braucht man ein kulturelles Projekt. Ihr habt von Aspekten gesprochen, die unsere gemeinsame Kultur ausmachen: soziale Kämpfe, und darüber hinaus der Kult der Demokratie, des Wissens, der Freiheit des Wissens, der Freiheit an sich, des Menschen – das alles macht die Redefreiheit aus, die Meinungsfreiheit, die es den Menschen ermöglicht, sich zu behaupten. Das sind die kulturellen Elemente, die wir schon gemeinsam haben.

Ein kleines Beispiel, das zeigt, was die gegnerische Mannschaft möchte. Ich komme aus einem Land, das seit uralter Zeit besteht, bin auch nicht mehr der Jüngste, aber trotzdem mag ich Science Fiction. Im Film *Rollerball* haben die Gesellschaften die Grenzen aufgehoben und die Regionen haben ihre Grenzen festgelegt, indem sie die Staaten zerstörten, so z.B. könnte die Region Madrid einen Teil Frankreichs, einen Teil Marokkos enthalten.

**Geneviève Azam – Attac Toulouse** – Wir müssen von dem ausgehen, was wir wollen. Es ist doch interessant, dass ausgerechnet ein Grieche über Demokratie spricht, wo Griechenland die Demokratie im heutigen Sinne erfunden hat.

Wir möchten ein demokratisches und auch ein politisches Europa, das ist ja eine Bedingung für die Demokratie. Das neoliberale Projekt ist der Ausverkauf der öffentlichen Räume auf europäischer und staatlicher Ebene. Dabei wird der öffentliche Raum eben vom Staat garantiert. Wir fordern einen öffentlichen Raum auf europäischer Ebene, wir können ihn nicht nur auf demokratischer Ebene, wir müssen ihn auch auf politischer Ebene bauen.

Ein Volk wird immer von Konflikten durchquert. Heute haben wir in Europa Interessenkonflikte innerhalb eines jeden Volkes und zwischen den Völkern. Jemand hat heute das Wort Wirklichkeit benutzt. Lehnen die Wirklichkeit nicht ab (wie es die sozialistische Partei gemacht hat.)

die Koordination der Attac-Gruppen in Europa muss sich von der Arbeit der Gewerkschaften unterscheiden. Was Nicolas ein kulturelles Projekt nennt, ist für mich ein politisches Projekt. Das heißt nicht nur, die sozialen Bewegungen koordinieren, denn einmal wir müssen auch die Institutionen stabilisieren.

**Michel Christian – Attac Rhône** – Franck hatte gesagt, dass die Franzosen gegen den Verfassungsvertrag waren. Ich bin nicht überzeugt, dass dies heute noch der Fall ist, wenn man die Wahl von Sarkozy als Verlängerung des Referendums sieht, ergibt sich daraus ein Misstrauen gegenüber Europa. Dies kann sich auch in etwas Anderes umwandeln.

In Deutschland ist die Situation anders, die Idee Europa wird viel besser angenommen, sie ist so beliebt, dass die Deutschen wenig Kritik üben. Potentiell hat die Kritik für ein anderes Europa vielleicht in Deutschland mehr Chancen.

Wir haben eine große Menge von Dokumenten und Analysen des Europäischen Vertrages, die wir Attac Deutschland vorschlagen können.

Wir müssen von dem ausgehen, was da ist und das zum Ausdruck bringen, was wir möchten. Föderation, Konföderation, paneuropäisch. Worüber sprechen wir? Momentan ist die EU eine Konföderation: die Verträge hat jedes Land unterzeichnet aber die Kompetenzen, die Europa besitzt, sind föderaler Natur. So ist also die Form eine Konföderation und die Werkzeuge sind föderaler Natur, also keine Demokratie. Wir müssen die Demokratie dort einführen, wo wir sie am meisten benötigen, auf europäischer Ebene. Die Frage nach einer verfassungsgebenden Versammlung ist nicht weit entfernte Zukunft, sie ist dringender denn je.

**Jean-François Escuit – Attac Rhône** – Die Linke hat die Wirklichkeit nicht abgelehnt, sie lehnt aber die Ideologie ab, um sich der Umwandlung der Realität anzupassen. Der neue Präsident hat sehr genaue Ideen hinsichtlich der Umwandlung Europas.

Wir haben uns unterschiedliche Projekte in Frankreich und bei der Präsidentschaft der EU näher angeschaut.

- eine Art Vertrag, der im Groben den Verfassungsvertrag übernimmt, wobei einige politische Punkte abgemildert werden und den Titel III behalten.

- ein Vorschlag, der von den Abgeordneten der Mehrheit gemacht wurde und die Charta der Menschenrechte weglässt.

Möglicherweise haben wir 2009 einen Verfassungsvertrag oder zumindest einen Text, den man nicht verfassungsgebend nennen muss, und dies für viele Jahre. Wenn wir 2008 nicht in der Lage sind zu sagen, was wir wollen, dann ist alles aus.

Daher arbeitet derzeit die Arbeitsgruppe „Europäischer Aufbau“ von Attac Rhône an einem Textvorschlag für eine Verfassung (wovon 30 Exemplare hier zur Verfügung stehen) und möchte hier alle Bemerkungen, Kritiken und Vorschläge sammeln, um unsere Debatten zu bereichern.

**Stefano Riso – Attac-Italien** – Es gibt immer noch die Idee, dass wir zu einem souveränen Staat zurückkehren können, denn es bleibt der rechtliche Rahmen für die Verteidigung der Interessen der Bürger. Aber der ruhige Ort der Staatsouveränität existiert nicht mehr aufgrund der neoliberalen Institutionen - des IWF usw. und aufgrund der Entwicklung der zeitgenössischen Kapitalismusgesellschaft. Wir müssen davon ausgehen, dass es kein Zurück mehr gibt. Wir müssen das europäische Niveau der Institutionen wie das politische Niveau heutzutage aufgreifen.

Das Engagement von Attac muss es sein, das Defizit der nationalen politischen Kräfte wieder aufzuholen um in Richtung Europa zu arbeiten, indem wir von einem Netz der Lokalkomitees für konkrete Aktionen, aufgrund konkreter Probleme ausgehen.

**Cécile Gagneval – Attac Antony** – Was heißt in der gegenwärtigen Situation eine Verfassung wählen? Politisch gesehen würde sie sich rechts befinden, mit dem Risiko einer Verfassung, die nicht mehr als diese passen würde. Da wir von partizipativer Demokratie sprechen, können wir damit beginnen, ein Verfassungsprojekt auszuarbeiten in unseren Lokalkomitees und dieses in einem Rahmen partizipativer Demokratie in allen europäischen Ländern zu besprechen.

**Julien Lusson – Europakommission Attac Frankreich** – Souveränität muss in Bezug auf die Determinanten der globalen geopolitischen Situation betrachtet werden. Die amerikanische Souveränität ist nicht verschwunden. Die großen Westmächte sind ebenfalls nicht verschwunden. In einigen Ländern des entkolonialisierten Südens entwickelt sich eine neue Form der Kolonialisierung. Ein demokratisches Europa setzt die Anerkennung der Andersartigkeit der übrigen Länder voraus.

## Protokoll der 2 : Tagung Steuergerechtigkeit und Tobin-Steuer

Tagungsleitung: Antonio Fuertes Attac-Katalonien, Attac-Spanien Koordinator der Kampagne für Globale Gerechtigkeit  
Moderator: Aymard de Camaret, Attac Paris Zentrum  
Dolmetscher: Jean Lubac Attac Toulouse und Charly Loufrani Attac Tarn  
Protokollführung: Marie Plassart Attac Rhône

### **Weiterführende Dokumente befinden sich [hier](#).**

Der Vortrag handelte hauptsächlich von den politischen Aspekten der Einführung einer weltweiten Steuer, und nicht so sehr von den technischen Aspekten, die in den Medien immer wieder betont werden.

In Spanien sind Kampagnen für die Tobin-Steuer und die Steuergerechtigkeit gehalten worden, und Antonio Fuertes fasste all dies unter der Rubrik der „weltweiten Steuergerechtigkeit“ zusammen, die auch die Ökologie mit einbezieht.

Die Steuerfrage sollte nicht die anderen problematischen Aspekte der finanziellen Globalisierung verdrängen. Es folgte ein kurzer Vortrag über die Folgen der liberalen finanziellen Globalisierung.

Um der steuerlichen Ungerechtigkeit entgegenzutreten, könnte eine globale Steuer eingeführt werden, da die nötigen Daten alle gespeichert und leicht abzurufen sind.

Man könnte eine „Tobin-Tax Zone“ innerhalb von Europa aufbauen, aber da müsste auch Großbritannien mitmachen, da ein großer Teil der Finanztransaktionen weltweit in Großbritannien stattfindet.

### **Erster Schritt: ein Überblick über die Steueroptionen**

Die Neoliberalen wollen keine Tobin-Steuer und behaupten, sie sei wirtschaftlich unmöglich, obwohl sie in Wirklichkeit eine politische Entscheidung ist, die eine üblicherweise ziemlich undurchsichtige Einnahmequelle - die Finanztransaktionen - transparent machen würde. Die Devisenmärkte werden zur Zeit nicht kontrolliert dabei werden dort die meisten Geldgeschäfte gemacht.

Chirac hat eine Kommission über globale Steuern ins Leben gerufen, dem u.A. Jacques Cossart angehörte. Der einzige bis dato beibehaltene Vorschlag dieser Kommission ist eine Flugticket-Steuer zu Gunsten der Entwicklungshilfe. Der Bericht dieser Kommission (Landau-Report) beinhaltet auch eine Schätzung des potentiellen Gesamterlöses von globalen Steuern (Dia # 22).

Eine Steuer auf ausländische Direktinvestitionen könnte ziemlich einfach eingeführt werden. Eine Steuer auf Unternehmensgewinne der Multis wäre schwieriger einzuführen, und ohne aktive Mitwirkung der Vereinten Nationen unmöglich.

Eine Vermögenssteuer gibt es in Frankreich schon, in Spanien aber nicht. In den Autonomen Gemeinschaften findet in diesem Bereich ein Wettlauf zu Mindeststandards statt. In den vom Partido Popular (der Spanischen Volkspartei, recht) regierten Autonomen Gemeinschaften, gibt es keine Vermögenssteuer mehr.

Besteuerung von Kohlendioxydausscheidungen: Attac Spanien versucht, sich für dieses Thema einzusetzen, und ist davon überzeugt, dass zur steuerlichen Gerechtigkeit auch eine ökologische Komponente gehört. Was den Verbrauch von Flugöl betrifft, hätte Attac Katalonien es lieber, wenn die Fluggesellschaften besteuert würden und nicht die Fluggäste.

### **Die Steuerparadiese**

...erleichtern die Steuerflucht. Es gibt zwei Sorten von Steuerparadiesen: Holland ist kein Steuerparadies, bietet aber ein Vorzugssteuersystem für Firmensitze (zum Beispiel EADS hat in Holland ihren Sitz).

Ein Drittel der 500-Euro-Scheine, die in Europa im Umlauf sind, befinden sich in Spanien wegen der dort florierenden Grundstücksspekulation: z.B. zählt Gibraltar bei 20 000 Einwohnern 150 000 Telefonanschlüsse... In den Abkommen zwischen Gibraltar und England werden mehr Telefonanschlüsse gefordert, nur deswegen, weil Gibraltar ein Steuerparadies ist.

Andorra ist auch ein Steuerparadies, das sich auf die Vermögen der Sportler und der Show-Business-Stars spezialisiert.

Die Katastrophe des Tankers „Prestige“ ist angeblich auf die Ausflagung ? zurückzuführen, weil der Verantwortungsträger in Ermangelung von natürlichen Personen nie zu ermitteln ist. Im Moment kommt der spanische Staat für die Umweltschäden auf.

### **Wer zieht Nutzen aus den Steuerparadiesen?**

Dia # 28.

Die Frage der Steuerparadiese ist dreimal aufgekommen:

- . Im Zusammenhang mit der Clearstream-Affäre
- . Bei der Geldwäsche im Zusammenhang mit dem Drogenhandel, gegen den die Vereinigten Staaten angehen wollen
- . Im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 11. September 2001

### **Die Anlagen der großen Vermögen in den Steuerparadiesen: Dia # 30.**

12 Milliarden Dollar werden der Besteuerung entzogen, damit könnten die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 größtenteils finanziert werden.

### **Die Geldanlagen des globalen Südens in den Steuerparadiesen: Dia # 31**

In den Ländern des globalen Südens werden die Vermögenden meist überhaupt nicht besteuert. Die vom derzeitigen König von Marokko, Mohammed VI, in Steuerparadiesen angelegten Gelder stellen viermal die Auslandsschuld des Landes dar. Klar, dass jene durch Steuerflucht unterschlagenen Summen der Landesbedürfnisse im Erziehungs- und Gesundheitswesen großteils decken würden.

### **Die Steuerparadiese werden von den multinationalen Konzernen zur Steuerflucht genutzt. Dia # 32**

Es gibt viele technische Mittel, um die Steuergesetze eines jeden Landes umzugehen – man nennt dies „Finanzsteuerung.“

In der OECD ist der Steuersatz für die größten Konzerne infolge des Steuerwettbewerbs zwischen Jahr 2000 und Jahr 2005 dauernd gesunken.

Im Laufe der letzten zehn Jahre ist der Durchschnittslös der Gewerbesteuern in den Industrieländern unaufhörlich zurückgegangen. Dadurch wird die Steuerlast immer mehr auf private Steuerzahler übertragen. Im Allgemeinen besteuert Japan die Betriebe am meisten, obwohl auch dieses Land dieselbe Tendenz wie die anderen Länder aufweist.

Die europäischen Länder haben sich über eine einheitliche Steuerbemessungsgrundlage geeinigt, aber nicht über einheitliche Steuersätze, was doch viel wichtiger wäre.

Die Steuerbemessungsbasis umfasst alle in der Steuerklärung angegebenen Einkünfte: Arbeits- und Kapitaleinkommen. Darüber wird ein bestimmter Satz erhoben.

In Frankreich will die Regierung den Steuersatz auf den gewerblichen Kapitalzuwachs noch weiter senken.

### **Die Folgen des steuerpolitischen Konkurrenzkampfes: Dia # 42**

#### **Fragen und Kommentare:**

Monique bat um eine Erklärung über die „Koordinationssysteme,“ die Steuerparadiese ohne Hoheitsgebiet wären, und führte das Beispiel von Volkswagen in Belgien an, das von Gerold Schwarz beschrieben worden war.

Antwort: Es gibt bestimmte „Steuersonderregeln,“ die sich die multinationalen Konzerne in Holland und Belgien zu Nutzen ziehen. Antonio vermutete dass das, was Monique meinte, interne buchhaltungstechnische Verfahren seien zwischen Muttergesellschaft und Filialen, die in verschiedenen Ländern lägen und sich hiermit Unterschiede zwischen den Steuersystemen zu Nutze zögen. Diese Vorgehensweise schaffe in Europa einen starken steuerlichen Konkurrenzdruck.

Lucien fragte, was denn die FATF (Financial Action Task Force zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus) mache, eine Organisation, die finanzielle Kriminalität bekämpfen sollte.

Antwort: Die FATF sei eine Organisation zur Bekämpfung der Geldwäsche (wie schmutziges Geld wieder in Umlauf gesetzt wird); sie berate die Länder darüber, wie die bestehenden Regeln besser in Kraft gesetzt werden könnten. Die FATF habe eine Überwachungsfunktion. Spanien habe zum Beispiel eine Bewertung von 5 von 10 Punkten im halbjährlichen Bericht der FATF bekommen (das Land hatte 4 von den 10 Objektivem erreicht). So kann man beurteilen, wie effizient die Steuerbetrugs- und Geldwäschemassnahmen sind. Die Notare, Waffenhändler, Juweliere usw. seien die Hauptakteure in diesem Betrugsgeschäft, aber Spanien verfüge nur über 4 Inspektoren zur Durchführung der Kontrollen! Dazu behaupten sie, gegen die großen Betriebe nichts unternehmen zu können, weil man nur deren Angestellten überprüfen könne.

Annick wollte eine Erklärung über die Steuersenkung haben und deren Zusammenhang mit den Privatisierungen.

Antwort: Der Staat wird von den Steuereinnahmen finanziert. Der Staat steht für das Allgemeingut. Wird dem Staat Geld entzogen, so wird es der Allgemeinheit entzogen. Für die großen Privatgruppen ist es vorteilhaft, dass die öffentlichen Dienste an private Interessen abgetreten werden.

Marie: Ist der Beitrag von Privatpersonen (direkte und indirekte Steuern) wirklich angestiegen?

Antwort: Ja. Unter Juppés Leitung ist die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt angestiegen, in Merkels Regierung um zwei Prozentpunkte. Im Vergleich zum Nationalreichtum sind die Steuereinnahmen dennoch gesunken. Das liegt an den Privatisierungen. In Frankreich wurde unter den Regierungen von Villepin und Raffarin die Steuerlast massiv auf die Lokalsteuern verlegt (besonders die Wohnraumsteuer). Ist das in anderen Ländern auch so?

Antonio sagte, dass Steuersenkungen eine Strategie zur Schwächung des Staates seien. Eine Steuerpolitik zur Senkung des Staatshaushaltes gäbe es schon lange. Ziel dieser Politik sei Eindämmung der Inflation, nicht Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das alles basiere auf der Steuerpolitik.

Die Kontrolle der Finanzmärkte sei also eine Priorität, und Europa könne in diesem Bereich eine große Rolle spielen. Es gäbe in diesem Bereich einen Konflikt zwischen den Staatsbürgern und den Finanzmärkten. Man solle eine Analyse, die sich auf den nationalen Bereich beschränkt, vermeiden!

Samuel: Kleinere Betriebe leisten einen enormen Beitrag zur Vermögensbildung. Sie können aber der Tyrannei der Aktionäre nicht mehr standhalten. Die Tyrannei der Aktionäre liegt im direkten Zusammenhang mit der Steuerfrage.

Antonio: Die KMU haben nicht die gleichen Möglichkeiten wie die Großunternehmen, um sich die internationalen Unterschiede im Steuerbereich zu Nutzen zu ziehen.

Aymard erklärt, dass Attac gegen den Neoliberalismus angehe, nicht gegen den Liberalismus. Bei Attac gäbe es nicht nur Marxisten, sondern auch Anhänger von Keynes.

Claude: Attac muss gegen die Diktatur der Großunternehmen über die Kleinunternehmen ankämpfen, weil diese ein Mechanismus der ökonomischen Ungerechtigkeit ist. Er führte das Beispiel der multilateralen Agrarfirmlen in Spanien an.

Gérald, mit Bezug auf die Steuerparadiese: Welche Maßnahmen kann eine Gruppe von Staaten gegen die Steuerparadiese treffen? Was für Auswirkungen könnte eine Wiedereinführung der Wechselkurskontrollen haben? Gibt es andere mögliche Maßnahmen?

Antonio erzählt von einer Aufklärungskampagne über die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte, die neulich in Spanien von Attac und anderen Organisationen gehalten worden sei. Wenn der Durchschnittsmensch nicht aktiv wird, werden die Regierungen auch nicht einschreiten. Wenn die Leute Attac ansprechen, wollen sie konkrete Alternativen. Nehmen wir zum Beispiel die Tobin-Steuer. Alle wissen jetzt, dass es eine Steuerflucht gibt und dass die Finanzmärkte den demokratischen Staat gefährden. Wir müssen nun die Mechanismen zur Kontrolle der Märkte vor die Öffentlichkeit setzen. (Anbei: Die von Attac Spanien zu dieser Kampagne vorgefertigten Poster sind ein gutes Werkzeug.)

Wer mehr über die Kampagne in Spanien wissen will, kann ihr Manifest auf der Toulouse-Webseite lesen. Es werden von der spanischen Regierung konkrete Schritte in Richtung der Abschaffung von Steuerparadiesen verlangt; der erste könnte die rechtliche Nichtanerkennung der Tarngesellschaften in Spanien sein. 2004-2005 hat Attac dem spanischen Parlament die Möglichkeiten für Veränderungen erklärt. Aber die spanische Sozialistische Partei und die spanische Volkspartei (Partido Popular) sind beide gegen die Tobin-Steuer.

Samuel: Der Hauptgrund für diese Opposition der Neoliberalen und der sozialistischen Partei gegen die Tobin-Steuer ist, dass diese den Geldwechsel stört, wobei Geld zur Ware geworden ist. Man soll die monetären Aspekte mit der Transparenzfrage nicht verwechseln.

Nicolas: Eine Anmerkung zum Volkswagen-Fall. Zur Steuerflucht braucht man kein finanzielles Hoheitsgebiet. Es geht dabei mehr um die Regelungen als um Hoheitsgebiete.

Silke: Zur Strategie. Sie fragt, was die spanische Gruppe auf kurze Sicht vorhabe; würde sie sich auf die Schaffung einer neuen Steuer konzentrieren?

Antonio: Ja, sie konzentrieren sich auf die Tobin-Steuer, mit Hilfe der Kommunalregierungen, die auf das nationale Parlament Druck ausüben. Die Regierungen von den Kanarischen Inseln, Katalonien und Andalusien hätten, unter anderen, die Steuer verabschiedet.

Silke sagte, dass die deutsche Gruppe auch an der Tobin-Steuer arbeiten wollte, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Tobin-Netztes in Italien.

Gérald warnte vor Ökosteuern, weil er meinte, dass das Steuersystem allein nicht alles erreichen könne. Er erinnerte daran, dass dessen Ziel die Umverteilung wäre. Ziel einer Ökosteuer sei aber nicht die Umverteilung. Ein grünes Steuersystem dürfte normalerweise nichts einbringen.

Antonio: Bei Attac Katalonien gibt es eine Diskussion über dieses Thema. Alle direkten Steuern sind nicht ungerecht. Hinsichtlich der Flugticket-Steuer müsste man auch Subventionen der Flugtickets in Frage stellen, damit gute Zwecke subventioniert würden.

### **Schlussbemerkung**

Attac Romans lädt dazu ein, thematische Netzwerke zu bilden, die über französische Grenzen hinweg sich mit Steuerfragen und globaler Gerechtigkeit befassen.

Man kann sich die Poster von Attac Spanien für die Steuergerechtigkeitskampagne auf dem Internet ansehen (siehe die Webseite von Attac Barzelona <http://www.attac-catalunya.org/jfg/Carteles.htm>).

## Protokoll des Workshops Nr. 3 : die 10 Prinzipien von Attac für einen demokratischen Vertrag

Workshop präsentiert von: Julien Lusson, Attac Frankreich und Jordi Gascon, Attac Katalonien  
Moderator: Jean Sineau, Attac Toulouse  
Dolmetscher: Valérie Feliu, Coörditrad; José Dimas, Coörditrad; Carla Krügger, Attac Berlin  
Protokoll: Robert Joumard, Attac Rhône und Ricardo Gomez, Attac Madrid, Koordinatoren von Attac Spanien

**Unterstützende Dokumente sind [hier](#) abrufbar.**

### **1. Überblick**

Die erste Intervention von Julien Lusson von Attac Frankreich dokumentierte die Ausarbeitung des Dokuments 'Die 10 Prinzipien von Attac für einen demokratischen Vertrag' und zeigte, was für Folgen die Beteiligung der neuen Leitung an der Endphase des Projekts hatte.

Die formelle Ausarbeitung des Textes hat im Oktober 2006 begonnen. Sie basiert teilweise auf früheren Arbeiten, welche im Rahmen des Abkommens der Attac-Gruppen Europas ab Juli 2005 (Treffen in Brüssel im Dezember 2005, Beiträge verschiedener Attac-Gruppen zum ABC-Plan und die jüngsten Stellungnahmen von Attac zur Konstruktion Europas) entwickelt wurden. Das Dokument ist also formell nur einige Monate lang diskutiert worden.

Das Dokument über die 10 Prinzipien muss auf jeden Fall wie ein Versuch gesehen werden, einen Konsens über die verschiedenen Visionen zu erzielen, die zum Thema Europa innerhalb der Attac-Gruppen bestehen.

Es ist ein Text, der für den 50. Jahrestag des Rom-Vertrages geschrieben wurde, als Antwort auf den detaillierten Plan der Union, welcher ein Fälligkeitsdatum (Juni 2009), eine Methode (die klassisch-diplomatische zwischenstaatliche Konferenz) und Ziele (den Europäischen Verfassungsvertrag mehr oder weniger zu einem kurzen Institutionsvertrag umgestalten) besitzt. All das sollte beim Gipfel im Juni 2007 geklärt werden.

Die 10 Prinzipien schlagen eine Änderung der Methode vor, indem ein demokratischer Vertrag ausgearbeitet wird.

Das Dokument 10 Prinzipien wurde von den 17 Attac-Gruppen Europas unterzeichnet, nachdem in bestimmten Fällen eine schnelle Beratung mit den lokalen Attac-Gruppen erfolgte. In den meisten Fällen wurde die Entscheidung von den nationalen Leitungsgremien oder von den Europa-Kommissionen jeder Attac-Gruppe getroffen.

### **2. Zustimmungen und Uneinigkeiten**

In seiner zweiten Intervention hat Jordi Gascon von Attac Katalonien dargelegt, was dieses Komitee veranlasste, sich bei der Deklaration zu enthalten.

Nach der kurzen Zeit, in der debattiert wurde und aus den verschiedenen Interventionen kann man zweifellos schließen, dass über die 10 Prinzipien im Wesentlichen Einigkeit besteht: Notwendigkeit eines Bruchs, Demokratisierung, keine Institutionalisierung der Politiken, Prinzipien und Werte usw.

Es gibt auch grundlegende Unstimmigkeiten (Vertrag zwischen den Staaten oder Verfassung zwischen Bürgern oder Völkern?) und Unzulänglichkeiten (Solidarität, Immigration, Verteidigungspolitik, Souveränität, etc.), die unter anderem in Italien, Spanien, Frankreich aufgetreten sind.

Attac Katalonien hat in seinem Referat folgende Punkte erwähnt, die es zu entwickeln gilt: Die Schaffung eines öffentlichen Raumes, die Notwendigkeit einer Befragung der Europäer zu ihren Wünschen was Europa betrifft (ihrem Wunsch nach Europa ? zum Europa, die sie sich wünschen , *sehr unklar!*, *N.d.Ü*), eine klarer gestellte Machtverteilung (das Parlament als einziges gesetzgebendes Organ, gewählte Justizbeamte und Integrierung der Sanktionsgewalt in die Justizgewalt), keine offiziellen Sprachen in der Union, Definition der Mechanismen einer auf Mitbestimmung basierenden Demokratie sowie der öffentlichen Dienste, Vorrang für Umweltschutz, ...

Der Workshop konnte jedoch nur am Rande die Frage über die Prinzipien und die Grundlagen der Demokratisierung Europas berühren. Die Debatte zwischen den nationalen und lokalen Attac-Gruppen bleibt also offen.

### **3. Was ist zu tun?**

Wir sind uns alle einig, dass der Erarbeitungsprozess weiter geführt werden muss: nötigenfalls Ausarbeitung, Verbreitung von widersprüchlichen Argumenten und von Alternativvorschlägen, die Anhänger über kleine Gruppen oder über das Internet lokal zur Reaktion veranlassen. Eine kleine Arbeitsgruppe von Attac verwaltet die Textänderungen: an diese sind Vorschläge zu schicken, wenn möglich kollektive.

Attac Toulouse schlug eine gemeinsame Definition der fundamentalen Ziele vor, welche langfristig der Konstruktion Europas gern zugewiesen werden sollten; dieser Lagebericht könnte als Einleitung für die 10 Prinzipien dienen und einen Rahmen für diesen Text bilden.

Die Teilnehmer sind auch der Meinung, dass gleichzeitig eine Einigung über präzise umrissene, kurzfristige Aktionen erzielt werden muss. Dazu zählen unter anderem Armutsbekämpfung, EADS, G8, Immigration, Priorität für Umweltschutz, Klima und Energie, unsichere Arbeitswelt, welche Teil der Agenda der Attac-Gruppen Europas gegen die neoliberalen Politiken der Europäischen Union sind.

Die Beiträge der lokalen Komitees zum Text der 10 Prinzipien können an [EU-convention@attac.de](mailto:EU-convention@attac.de) gerichtet werden.

## **Kurzbericht zum Atelier N°4 : Umsetzung der Lissabon-Strategie, zwischen Wunsch und Wirklichkeit**

Tagungsleitung: Pierre Joseph und Eva Vickrova, Attac Paris Centre  
Moderator: Françoise Brun, Attac Toulouse  
Dolmetscher: José Dimas Coorditrad, Jobst Graeve Attac Paris Centre, Charly Loufrani Attac Tarn  
Protokollführung: Marie Plassart Attac Rhône

**Weiterführende Dokumente befinden sich [hier](#).**

### **Die Bezugsdokumente sind hier verfügbar.**

Zur maximalen Wochenarbeitszeit

Dieses Problem macht auf exemplarische Weise deutlich, wie schwierig der Aufbau eines sozialen Europas ist.

Die gemeinschaftliche Rechtsordnung setzt die Wochenarbeitszeit auf maximal 48 Stunden mit zulässigen Überschreitungen im Falle eines individuellen Abkommens zwischen Arbeiter und Arbeitgeber an. Mindestens 10 Ländern stehen den nur zwischen Arbeiter und Arbeitgeber verhandelten Ausnahmen feindlich gegenüber.

Das Europäische Parlament und der Europäische Gerichtshof haben sich ebenfalls gegen diese Art der Ausnahme ausgesprochen.

Dennoch wurde zu diesem Problem gegenüber dem hartnäckigen Widerstand Großbritanniens, Deutschlands, Österreichs, der Niederlande und fast aller osteuropäischer Staaten seit über zwei Jahren keine Lösung gefunden.

Dieser Fall ist sowohl interessant als auch beispielhaft, da der Streit kulturelle und sogar philosophische Hintergründe hat. Dabei kommen Überzeugungen zum Tragen, die in den verschiedenen Mentalitäten der Völker, aus denen die Europäische Gemeinschaft besteht, tief verwurzelt sind.

Über einen harmonisierten Mindestlohn in Europa

In 20 von 27 Ländern Europas gibt es einen staatlich festgelegten Mindestlohn.

Die Verhandlungen zu einer europaweiten Harmonisierung des Mindestlohns sind insbesondere darum schwierig, weil die Länder bezüglich der Einmischung des Staates in die Arbeitswelt nicht einer Meinung sind.

Beitrag von Carla Krugger zu einem jüngst von der SPD angesprochenem Gesetz bezüglich des Mindestlohns. Zum Entzücken der sozialen Bewegungen. Doch gegenüber dem Parlament hat die SPD eine Kehrtwendung vorgenommen.

Marie Plassart: die Präsentation stellt einander zwei arbeitsrechtliche Modelle gegenüber: auf der einen Seite ein Modell, in dem die Verhandlungen zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber stattfinden, auf der anderen Seite zwischen dem Staat und der Arbeitswelt. Gibt es keine dazwischen liegenden, möglichen Modelle wie zum Beispiel die Verhandlung zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber? Es ist nicht wichtig, dass der Staat die Verhandlungen führt, wichtig ist nur, dass der Staat einen der Achtung des Arbeitsrechts und dem sozialen Fortschritt zuträglichen Rahmen stellt.

Antwort: Falls Recht durch eine Gewerkschaft verteidigt werden soll, wird es ein branchenspezifisches, nach Sektoren geordnetes und nicht ein universelles Recht sein.

Ein weiteres Problem des Mindestlohns liegt in den unterschiedlichen Lebenshaltungs- und Produktivitätsniveaus der verschiedenen Länder. Zum Zustandekommen dieser Reform ist zuallererst ein starker politischer Wille notwendig und zweitens die Festlegung eines je nach Höhe der Sozialabgaben, der Produktivität und des Preisniveaus (Lohnstückkosten, ausgedrückt in Kaufkraft) angepassten Mindestlohns, dies innerhalb eines Zeitrahmens von 10 Jahren für einen europaweiten Mindestlohn.

Bei den Lohnniveaus hat die Aufholdynamik ja bereits eingesetzt. Innerhalb von 8 Jahren ist der Vergleich der durchschnittlichen französischen und ungarischen Gehälter von 1 zu 8 im Jahre 1996 auf 1 zu 4 im Jahre 2004 gestiegen.

Von prekären Verhältnissen hin zu Flexibilität und Sicherheit

Die Modalitäten einer Änderung in Richtung vielseitigerer Karrieren sind schwer vorstellbar, dazu wäre eine radikale Veränderung des Ausbildungs- und Weiterbildungssystems notwendig. Dies wäre ein wirtschaftlicher Umbruch und eine kulturelle Revolution.

Henri: das System von Flexibilität und Sicherheit funktioniert gut in Dänemark. Welchen Unterschied gibt es zum französischen System?

Antwort: In Frankreich existiert diesbezüglich kein Personenrecht, sondern nur ein komplexes Arbeitsrecht und zahlreiche untypische Verträge. Das Projekt der CGT (, *NdU*) lautet, einer Person zwischen zwei Arbeitsverhältnissen ihren Lohn in voller Höhe zu sichern. Im Projekt der PS (*sozialistische Partei Frankreichs*) waren 90% des Lohns vorgesehen (wie unter Valéry Giscard d'Estaing zu Beginn, *NDÜ*) der Zahlung von

Arbeitslosengeld).

Das schwedische Modell: zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und der Regierung findet eine Abstimmung über die Modalitäten der Weiterentwicklung der Produktion statt. Das ist beinahe ein planmäßiger Einsatz von Arbeitskraft.

Vorsicht, die Ausbildungszeit darf nicht auf den Rang einer staatlich betriebenen Wohltätigkeitseinrichtung zurückfallen.

Pierre und Eva stellen folgende Frage in den Raum: Flexibilität und Sicherheit, eine Milchmädchenrechnung oder ein interessantes Projekt? Beides.

Marie: Wir dürfen uns nicht mit der Alternative zufrieden geben: feste Beschäftigung / zahlreiche aufeinander folgende Beschäftigungen mit Entschädigung. Das ist ein soziales Projekt, welches Wohlergehen nur in Verbindung mit Arbeit betrachtet. Die Definition von Arbeit, die nicht nur bezahlte Beschäftigung ist, muss überdacht werden. Ist es in den reichen Ländern notwendig, dass wir alle arbeiten? Stellen wir die Frage des garantierten Mindesteinkommens.

Marc: der Begriff "Flexibilität" ist nicht neutral, er ist für die Herrschenden geschaffen – genau wie in "Flexibilität und Sicherheit". Die seit langem von den Gewerkschaften vertretene Idee der „beruflichen Sozialversicherung“ wird heute von den Arbeitgebern vertreten. Sie wird uns vorgeschrieben, das heißt doch, dass es in deren Interesse geschieht, nicht unbedingt in unserem.

Robert: das Konzept von Flexibilität und Sicherheit hat mit der sehr hohen Instabilität der Unternehmensgründung zu tun, zu lukrativen Zwecken.

Pierre: die immer schneller stattfindenden technischen Innovationen sind auch eine Erklärung für die Instabilität der Arbeitswelt. Die Finanzierung der Banken über den Kapitalmarkt nimmt ständig zu, da unternehmerisch tätig zu sein riskanter wird als Spekulieren. Sollte es bei Risiken nicht eine Versicherung auf Gegenseitigkeit geben? Und eine von der Schaffung oder Nichtschaffung von Arbeitsplätzen abhängige, modulierte Besteuerung der Unternehmen.

Carla: in Deutschland vermischt sich die Frage des Mindestlohns mit der Frage des garantierten Mindesteinkommens. Wie sieht es diesbezüglich in den anderen Ländern aus?

Nicolas: In Frankreich ist der RMI (Eingliederungsmindesteinkommen) sehr niedrig, da mit ihm nicht das Ziel verfolgt wird, Arbeit vom Einkommen abzukoppeln.

Silke: in Österreich gibt es inzwischen ein Eingliederungsmindesteinkommen, beschlossen wurde es von der konservativen Partei.

Gérald: warnt davor, Flexibilität und Sicherheit mit sozialer Sicherheit zu vermengen. Wir müssen daran erinnern, dass wir ein solidarisches Modell wollen, das nicht auf den Anstrengungen des Individuums beruht. Er erwähnt die Rolle der Universitäten im berufsbezogenen Engagement.

Pierre: man muss die Führungsspitze der EU, die eine qualitative und quantitative Verbesserung der Arbeitsverhältnisse verspricht, beim Wort nehmen. Man muss die Rechtfertigungen ihres Projekts aufgreifen (unehrliche Rechtfertigungen, die ihren Interessen dienen)

Aymard: findet, dass es idyllisch klingt und man den Initiatoren des Konzepts von Flexibilität und Sicherheit auf keinen Fall Glauben schenken darf.

Denis: Welche Industriezweige brauchen Flexibilität? Wenn diese Flexibilität nicht in Richtung der sozialen Nützlichkeit geht, muss man diese Flexibilität nicht akzeptieren.

Ariane: Es gibt zwei unterschiedliche Ebenen der Debatte: die Entfaltung des Individuums und die Frage des Arbeitsrechts. Nur das Zweite sollte man „Flexibilität und Sicherheit“ nennen. Was muss die Rolle von Attac sein? Wie wir wissen, besteht unsere Vereinigung zum Teil aus Gewerkschaften; was müssen wir ihnen sagen?

Didier: warum müssen wir den Begriff "Flexibilität und Sicherheit" akzeptieren? Hier haben wir es mit einer Manipulation der Sprache zu tun, wie sie im LQR (*Abkürzung für Lingua quintaes republicae, Werk von Eric Hazan, NdÜ*), einem Werk über die politische Verwendung von Begriffen in der zeitgenössischen Politik, gut analysiert wurde. Attac kommt die Rolle zu, die Wörter Vokabeln zu erklären.

Annick: wir haben nicht über das wirtschaftlich wachsende China gesprochen und wir haben nicht über die Notwendigkeit gesprochen, das Wachstum einzudämmen.

Carla: zur Beziehung zwischen Attac und den Gewerkschaften. Während den sozialen Kämpfen gegen Hartz IV haben die Gewerkschaften und Attac gemeinsam sämtliche Montagsdemonstrationen organisiert. Diese Bewegung wurde in den Medien und in der Politik als sektiererisch und extremistisch dargestellt. Dadurch ist die

Bewegung in sich zusammen gefallen. Attac interessiert sich im Übrigen mehr für in prekären Umständen lebende Menschen als die Gewerkschaften, die sich vorrangig für die Arbeiter interessieren. Ist das in Frankreich auch so?

Antwort von Gérald: In Frankreich sind, im Gegensatz zu Deutschland, bestimmte Gewerkschaften Mitglied von Attac. In Frankreich interessieren sich die Gewerkschaften vor allem für die Arbeiter. Dazu muss man sagen, dass die Arbeiter zusammengeschlossen und daher auch leichter zu mobilisieren sind. Im Übrigen gibt es auch Vereinigungen von Arbeitslosen, die CGT chômeurs (Arbeitslosengewerkschaft) und Solidaires!, eine Gewerkschaft, die mit Arbeitslosenvereinigungen zusammenarbeitet.

Aymard: dank dieser Vielzahl an Arbeitslosengewerkschaften kann man Debatten führen über die Arbeitslosenentschädigung oder das garantierte Mindesteinkommen.

Ariane empfiehlt, den Film über Lip anzusehen: "l'Imagination au pouvoir" (Phantasie an die Macht)

Pierre, abschließend: ja, die Wörter und ihre Verwendung sind sehr wichtig, "Flexibilität und Sicherheit" sollte man "berufliche Sozialversicherung" gegenüberstellen.

**Ein von der Europa-Kommission von Attac Toulouse verfasstes und validiertes Dokument**  
**23. Juni 2007**